

KV-Nr.: 2211

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt)
aus 7 Blatt und ist vollständig
durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf
Vollständigkeit zu überprüfen.

1

Drogerie Bartels
Inhaberin Martina Reim
Hauptstraße 55
58452 Witten

An die
Polizeiinspektion Witten
Gerichtsstraße 42
58452 Witten

Strafanzeige/Strafantrag wegen Ladendiebstahls

Anzeigen-Nr.: 246182

Witten, den 6.11.1998

Personalien der Beschuldigten:

Name: Mey
Vorname: Annika
Geburtsdatum: 23.12.1984
Geburtsort: Hagen
Staatsangehörigkeit: deutsch
Wohnort: Witten
Straße: Auf den Stücken 4, 58455 Witten

Personalien festgestellt durch: Polizei.

Zeuge:

Name: Koller
Vorname: Armin
Beruf: Detektiv
Anschrift: Koller, Sicherheitsbüro, Bonifatiusstr. 112, 44892 Bochum

Zeugenaussage:

Die o.g. Beschuldigte wurde von mir beobachtet, wie sie am 6.11.1998 um 17.08 Uhr in der Drogerie Bartels, Witten, ein Odol Mund-Spray im Wert von 4,49 DM aus dem Verkaufsregal nahm und in ihre Hosentasche steckte. Nach Passieren der Kasse sprach ich sie an. Sie hat die Tat zugegeben.

Koller

Unterschrift des Zeugen

Erklärung der Beschuldigten:

Ich gebe zu, dass der oben geschilderte Sachverhalt zutrifft. Die Fangprämie/Vertragsstrafe von DM 50,-- wurde gefordert und nicht bezahlt. Ich bin bereit, zur Abgeltung der durch den Diebstahl entstandenen Kosten als Vertragsstrafe/Fangprämie oben genannten Betrag zu zahlen. Mir ist bekannt, dass unabhängig hiervon Strafantrag gestellt wird.

Mir wurde bekannt gegeben, dass ich für ein Jahr Hausverbot habe.

Unterschrift der/des Beschuldigten

Polizeiinspektion Witten

Witten, den 13.11.1998

Tgb.-Nr.: 23301700


Bericht:

Am 06.11.1998 wurden POM Meier und die Unterzeichnerin gegen 17.20 Uhr von einem Ladendiebstahl bei der Drogerie Bartels in Witten unterrichtet und zum Tatort entsandt. Auf dem Weg dorthin kam die Streife zu einem Verkehrsunfall, der zunächst abgesichert werden musste (s. gesonderten Bericht), so dass die Drogerie Bartels erst um 18.25 Uhr aufgesucht werden konnte.

Der Detektiv, Herr Koller, gab uns gegenüber an, dass das Mädchen ein Mundspray der Auslage entnommen und unter ihrer Kleidung versteckt habe. Er habe sie angesprochen und in sein Büro gebeten. Dort habe die Beschuldigte das Mundspray an ihn herausgegeben. Zur Überprüfung der Personalien habe er die Polizei verständigt, da das Mädchen keinerlei Angaben gemacht habe.

Die Feststellung der Personalien wurde in der Polizeiinspektion Witten durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass es sich bei dem Mädchen um ein Kind handelt.

Eine Durchsuchung der Beschuldigten durch eine Polizeibeamtin, POM Schulte, verlief negativ. Die Beschuldigte wurde um 19.15 Uhr von ihrem Vater bei der Polizeiinspektion Witten abgeholt.

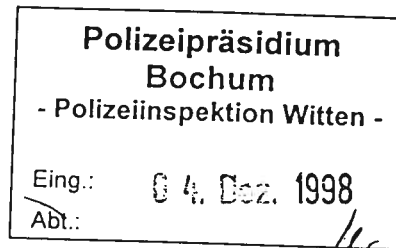

Marquardt, PHM in

Rechtsanwaltspraxis

Dr. iur. Siglinde Eichenlaub-Kleinen

Dr. iur. Siglinde Eichenlaub-Kleinen Kurt-Schumacher-Platz 18 44787 Bochum

An die
Polizeiinspektion Witten
Gerichtsstraße 42
58452 Witten



Dr. iur. Siglinde
Eichenlaub-Kleinen
Rechtsanwältin und Notarin
und Fachanwältin für Steuerrecht

Hans-Eduard Meinert
Rechtsanwalt
Kurt-Schumacher-Platz 18
44787 Bochum

Telefon (0234) 6 68 08
Telefax (0234) 6 73 94
Datum: 03.12.1998

In der Angelegenheit

Mey, Annika, Tgb.-Nr.: 23301700

zeige ich an, dass ich von den Eltern der Beschuldigten, Caroline und Bernhard Mey, gemäß anliegender Vollmachtsurkunde mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt bin.

Die Vorwürfe des Zeugen Koller sind völlig haltlos und entspringen der reinen Willkür. Annika Mey hat mit der Tat nichts zu tun. Sie hat deshalb auch die vorgefertigte Beschuldigtenklärung nicht unterzeichnet. Der Zeuge Koller wusste auch, dass es sich um ein Kind handelt, wie seiner eigenen Strafanzeige zu entnehmen ist. Es ist nicht nachvollziehbar, dass gleichwohl dieses Kind etwa 1 ½ Stunden von dem Zeugen festgehalten wurde, bevor dann die Polizei eingetroffen ist. Hier hätte in jedem Fall die Aufnahme der Personalien genügt. Ich erstatte ausdrücklich

Strafantrag und Strafanzeige

und bitte um weitere Veranlassung.

Eichenlaub-Kleinen
Rechtsanwältin

Polizeipräsidium Bochum
Polizeiinspektion Witten
Gerichtsstr. 42
58452 Witten

Ort / Datum / Uhrzeit
Witten, 07.01.1999, 15.00 Uhr

PHW Personengebundene Hinweise (z. B. Ausrecher, gewalttätig) 7

PFN Familienname / Ehefrau und Namensbestandteile

PSN Sonstige Namen
Koller

PGD Geburtsdatum (TTMMJJJJ)
03.06.1968

PMW Geschlecht
y m w

PAL Akademische Grade

ZLA Wohnort (ggf. Aufenthaltsort)
Bonifatiusstr. 112
44892 Bochum

Beschuldigtenvernehmung
Personalbogen

Bericht

Erwachsener
Heranwachsender
Jugendlicher
Ausländer

Ausländerbehörde
Jugendamt

PGB Geburtsname

PVN Vorname(n)
Armin

PGU Geburtsort (Kreis/Land)
Bochum

PNA Staatsangehörigkeit
deutsch

PSF Spitzname

ZVL Familienstand
verheiratet

ZAL Beruf
Privatdetektiv

Beide Elternteile/Vormund mit Geburtsnamen und Anschrift

IPA/Pisa-Nr., Ausstellungsdatum, Behörde

Daten durch EMA-Abfrage erlangt

7

Arbeitgeber (bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch Anschrift der Dienststelle)

Inkommerzienränge a) z. Z. der Tat b) gegenwärtig

Erwerbslos seit

Innenminister

vor- u. Familienname des Ehegatten (auch Geburtsname) / Wohnung des Ehegatten bei versch. Wohnung / Beruf

Kinder (Anzahl und Alter)

Lege. wehrungsfähiger (Vor- und Zuname, Beruf, Wohnung)

Hochschule (bei Studierenden auch Anschrift der Hochschule)

Elternverhältnisse (Anzahl der Geschwister - Alter - Eltern geschieden)

Ich zur Person (u. a. Vorstrafen nach eigenen Angaben; nicht einberufener Wehrpflichtiger oder Zivildienstpflichtiger; Angehöriger der Streitkräfte, Dienstgrad, Zivildienstpflichtiger, Dienststelle mit Anschrift; Ausländer: Aufenthaltsverlaubnis/Ausstellungsbehörde; Festnahme/Verbleib; zuständige StA/AZ)

Der Beschuldigte wurde für den 06.01.1999 schriftlich zur Vernehmung geladen. Da die Ladung nicht zurückgekommen, der Beschuldigte jedoch auch nicht erschienen ist, ist davon auszugehen, daß er nicht bereit ist, Angaben vor der Polizei zu machen.

Oppermann, Armin
bereits im Personalbogen

Polizeiinterner Hinweis / kein Bestandteil der Vernehmung
Bei Beschuldigtenvernehmung hier Belehrung (Vordruck NW Pol 11a) vornehmen

Pol 11
983

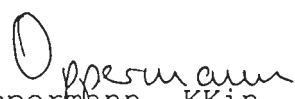
Polizeiinspektion Witten

Witten, den 7.1.1999

Tgb.-Nr.: 23301700

1. Vermerk:

Mit der Filialleiterin der Drogerie Bartels in Witten, Frau Martina Reim, wurde telefonisch Rücksprache gehalten. Diese erklärte, sie habe den Vorfall zwar nicht selbst beobachtet, jedoch noch im Büro Herrn Koller und das Mädchen Annika Mey angetroffen. Herr Koller habe ihr ein Mundspray der Firma Odol mit dem Bemerken übergeben, dieses soeben von dem anwesenden Mädchen erhalten zu haben. Das Mädchen habe sich überhaupt nicht geäußert. Dies könne sie auch vor Gericht bezeugen. Auf eine förmliche Zeugenvernehmung wurde vorerst verzichtet.


Oppermann, KKin

Polizeipräsidium Bochum
Polizeiinspektion Witten
Tgb.-Nr.: 23301700

Witten, den 11.01.1999

U.m.A.

der Staatsanwaltschaft

44782 Bochum

Staatsanwaltschaft Bochum		
Eing.:	12. Jan. 1999	
Band	Heft	Ank. <i>20</i>

- ☐ nach Erledigung zurückgesandt.
- ☒ zuständigkeitshalber zur weiteren Bearbeitung übersandt.
- ☐ zum Aktenzeichen übersandt.
- ☐ Anzeigen- und Vernehmungsdurchschrift dem Jugendamt in
am übersandt.

Im Auftrage

Oppermann
(Oppermann, KKin)

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft ist vorzuschlagen. Sollten weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten werden, so ist davon auszugehen, dass diese durchgeführt worden sind und keine neuen Gesichtspunkte ergeben haben.

Im Falle einer Anklage braucht der Anklagesatz nicht formuliert zu werden. Es genügt die Angabe, vor welchem Gericht wegen welcher Straftaten Anklage erhoben werden soll. Entsprechendes gilt bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls; ein Vorschlag zum Strafmaß ist dabei entbehrlich.

Im Fall einer Einstellung genügt der zusammenfassende Vorschlag, warum und auf aufgrund welcher Vorschriften das Verfahren eingestellt werden soll.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

Austauschvortrag 4053 des LJPA Niedersachsen. Der Vermerk erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist **keine Musterlösung**. Er soll lediglich auf die Probleme hinweisen, die das Prüfungsamt veranlasst haben, die Aufgabe für einen Kurzvortrag auszugeben.

A. Ein hinreichender Tatverdacht gegen die Beschuldigte Annika Mey (A) wegen Diebstahls geringwertiger Sachen, §§ 242, 248 a StGB, besteht bereits deshalb nicht, weil die Beschuldigte im Zeitpunkt der Tat erst 13 Jahre alt und damit gem. § 19 StGB schuldunfähig war.

B. I. Der Detektiv Koller (K) könnte wegen falscher Verdächtigung, § 164 StGB, hinreichend verdächtig sein. K hat A vor der Polizei eines Diebstahls bezichtigt. Die Verdächtigung muss eine rechtswidrige Tat betreffen, d.h. sie muss geeignet sein, einen sogenannten Anfangsverdacht zu begründen und damit ein Verfahren auszulösen (Tröndle/Fischer, 49.A., § 164/5). Ergibt sich wie hier, wo die Altersangabe, die zu § 19 StGB führt, in der Anzeige enthalten war, schon aus der Darstellung des Sachverhalts, dass die Handlung wegen fehlender Prozessvoraussetzungen nicht verfolgt werden kann, ist bereits der objektive Tatbestand des § 164 StGB nicht erfüllt (Tröndle/Fischer, § 164/5). Die Ausführungen gelten entsprechend für § 145 b StGB.

II. K könnte indes hinreichend tatverdächtig wegen einer Freiheitsberaubung, § 239 StGB, sein.

1. K hat A bis zum Erscheinen der Polizei ca. 1 ½ Stunden gehindert, das Büro zu verlassen und damit objektiv und subjektiv eine Freiheitsberaubung begangen.

2. Die Tat könnte jedoch gemäß § 127 I StPO gerechtfertigt sein.

a) K dürfte A bei der Begehung eines Diebstahls betroffen haben. K dürfte bereits mit dem Verstecken der Ware in der Kleidung wegen Bildung einer Enklave den Gewahrsamsbruch vollendet haben. Die Beobachtung durch den Hausdetektiv dürfte nichts daran ändern, da damit nicht das Einverständnis in die Wegnahme verbunden gewesen sein dürfte. Der hinreichende Tatverdacht dürfte sich trotz des Umstandes, dass die Anwältin die Vorwürfe des K als mutwillig bezeichnet hat, ergeben. Für die Richtigkeit der Darstellung des K spricht die im Vermerk der Polizei festgehaltene Aussage der Filialleiterin Reim. Außerdem erscheint es abwegig, dass ein hauptberuflicher Detektiv zur Erlangung einer Fangprämie von lediglich 50,-- DM einen Fall vortäuscht und dann noch die Polizei einschaltet.

b) Fraglich ist allerdings, ob für das Betreffen auf frischer Tat auch erforderlich ist, dass die Tat verfolgbar ist. Im Hinblick auf den Zweck der Festnahme, den Täter der Strafverfolgung zuzuführen (Kleinknecht/Meyer-Gossner, § 127/8), könnte die Festnahme unzulässig gewesen sein, da A strafunmündig ist. Allerdings wird man berücksichtigen müssen, dass A kurz vor Vollendung ihres 14. Lebensjahres stand und ihre Strafunmündigkeit nicht offensichtlich war, da ihr wahres Alter erst später im Rahmen der polizeilichen Überprüfung bekannt wurde. Insoweit dürfte es vertretbar sein, A als auf frischer Tat betroffen anzusehen (vgl. Kleinknecht/Meyer-Gossner, § 163 b/4).

c) Wer die Schuldunfähigkeit der A im Hinblick auf die Rechtfertigung aus § 127 I StPO für unerheblich hält, wird die weiteren Voraussetzungen des § 127 I StPO bejahen können. Aus dem Bericht der KKin Oppermann folgt, dass die Personalien im Zeitraum der Freiheitsberaubung noch nicht bekannt waren. Die Identität konnte daher nicht sofort festgestellt werden. Das Recht zur Festnahme schließt das Recht zur Freiheitsberaubung ein (Kleinknecht/Meyer-Gossner, § 127/15). Es gilt allerdings das Übermaßverbot (Kleinknecht/Meyer-Gossner § 127/16). K hat mit sofortigen Anruf bei der Polizei alles getan, um die Dauer der Freiheitsbeeinträchtigung möglichst kurz zu gestalten. Das späte Erscheinen der Beamten hat er nicht zu vertreten. K dürfte die Absicht gehabt haben, den Zweck der Festnahme zu bewirken.

d) Wer § 127 I StPO indes verneint, wird einen Erlaubnistatbestandsirrtum annehmen müssen. Denn K stellte sich einen tatsächlichen Umstand vor, der zur Rechtfertigung gem. § 127 I StPO geführt hätte. Der Erlaubnistatbestandsirrtum läßt analog § 16 StGB zumindest die Vorsatzschuld entfallen (zum Meinungsstand s. Tröndle, § 16 Rdnr. 20-27a).

III. Eine Nötigung gemäß § 240 StGB durch ein nicht näher aufklärbares Hindern am Verlassen des Büros dürfte als Mittel zur Freiheitsberaubung von dieser verdrängt werden. Wer dies anders sieht, wird ebenfalls mit § 127 StPO das Verhalten des K gerechtfertigt sein lassen.

C. Das Verfahren dürfte gegen beide Beschuldigte gemäß § 170 II StPO einzustellen sein. (Der Rechtsanwältin ist ein Einstellungsbescheid mit Rechtsmittelbelehrung gemäß § 171 StPO zu erteilen. Einstellungs- und Ladungsnachricht ist nur dem K zu erteilen, da ihm die Beschuldigteneigenschaft mit der Ladung eröffnet wurde. A wurde nicht als Beschuldigte vernommen.)

Textkontrolle: StGB, StPO

Aufgabe
ausgeben